



Cross-Asset- und Strategy-Research

Europa braucht eine Industriepolitik

Protektionistische Tendenzen nehmen weltweit zu

Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs vor gut 30 Jahren durchlief die Welt eine Phase der Liberalisierung des grenzübergreifenden Handels. Europas Unternehmen haben von der Vertiefung der Globalisierung erheblich profitiert. Nirgendwo war dieser positive Effekt stärker als im exportabhängigen Deutschland.

Doch diese Phase der Öffnung ist vorbei. Stattdessen lassen sich weltweit zunehmende Handelshemmnisse beobachten (siehe Abbildung). Und seit der chaotischen Präsidentschaft von Donald Trump zeigt sich dieser bedenkliche Trend auch in den USA, einstmalige Fahnenträger für den Freihandel und Europas mit Abstand wichtigste [Exportdestination](#).

Der Protektionismus des „Inflation Reduction Act“

Wer aber hoffte, dass „America First“ mit Trumps Abgang ebenso wieder in der protektionistischen Mottenkiste verschwinden würde, sieht sich nun bitter enttäuscht. Im vergangenen August trat der „Inflation Reduction Act“ (IRA) in Kraft. Trotz des irreführenden Namens geht es beim IRA nicht primär um Inflationsbekämpfung. Vielmehr ist es das größte US-Gesetzespaket aller Zeiten zur Bekämpfung des Klimawandels.

Das hört sich zunächst einmal positiv an, denn lange wurde gerade aus Europa die ambitionsarme Klimapolitik der USA beklagt. Aber die Sache hat einen entscheidenden Haken: der IRA dient nämlich zugleich als protektionistisches Instrument zur Subventionierung der heimischen Industrie. Er sieht bis zu \$400 Mrd. an Projekten zur Beschleunigung der Energiewende vor. Allerdings können nur solche Unternehmen bei den öffentlichen Vorhaben teilhaben, deren Güter und Dienstleistungen „Made in

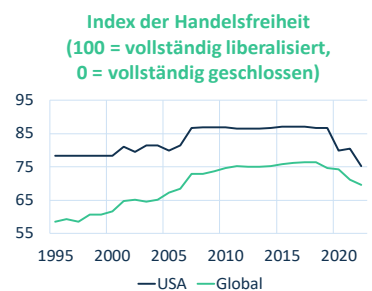
**Dr. Moritz Kraemer**

Chefvolkswirt und Leiter Research

LBBWResearch@LBBW.de

5. Januar 2023

Die Phase der Handelsliberalisierungen ist vorbei



Quelle: LBBW Research, Heritage Foundation (Index of Trade Freedom)

America“ sind. Dazu kommen Steueranreize für Automobilhersteller, die lokal produzierte Batterien verarbeiten, Kaufanreize für amerikanisch gefertigte E-Fahrzeuge und ähnliches mehr.

EU-Versuche nachzuverhandeln zum Scheitern verurteilt

Zu spät erkannten Politik und Wirtschaft in Europa die industriepolitische Bedeutung der IRA-Maßnahmen. Europäische Unternehmen ächzen bereits unter dem Druck steigender Energiepreise und fehlender Fachkräfte. Den IRA-Sirenengesängen dürften manche Unternehmen nicht widerstehen.

Die EU schickt sich an, die USA dazu zu bewegen, europäische Unternehmen gleich zu behandeln. Vermutlich weiß Brüssel aber ob der Aussichtslosigkeit dieser Bemühungen. Die Republikaner waren von Anfang an gegen den IRA. Seit dieser Woche haben sie nun die Mehrheit im Repräsentantenhaus. Eine Änderung des IRA zugunsten europäischer Wettbewerber ist deshalb politisch ausgeschlossen.

Europa muss selbst aktiv werden

Industriepolitische Subventionen von Kalifornien bis Shanghai bringen Europa in Zugzwang. Wenn wir unsere Schlüsselindustrien der Zukunft nicht verlieren wollen, bedarf es einer vergleichbaren Reaktion. Es ist wenig aussichtsreich, sich weiter an liberale Spielregeln zu halten, wenn die wichtigsten Partner ihre eigenen Industrien offen subventionieren. Schön ist das nicht. Die Wohlfahrt der Welt wird darunter leiden. Aber Europa muss zuallererst Handelspolitik für Europa machen und nicht für die Welt.

Die Lockerung des strengen EU-Beihilferecht wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Konflikte zwischen den EU-Partnern sind vorprogrammiert. Insbesondere wenn der Eindruck entsteht, dass vor allem das hochindustrialisierte Deutschland von einer industriepolitischen Neuausrichtung profitiert.

Disclaimer:

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und in Liechtenstein. Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.

Eine Änderung des IRA zugunsten Europas ist politisch ausgeschlossen

Europa im Zugzwang zum Schutz strategischer „grüner“ Industrien
